

# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim

17. Mai 2023, 33. Jahrg.

## Mit anderer Politik Demokratie verteidigen

**DIE LINKE: Schulen bauen, Kitareform umsetzen, Wohngeld schneller zahlen. Probleme benennen, Lösungen vorschlagen – so können Protestwahlen unnötig werden.**

Mit 11,1 Prozent der Stimmen hat DIE LINKE bei der Bürger-schaftswahl in Bremen am 14. Mai ihr Ergebnis von der letzten Wahl zum Landesparlament wiederholen können. Glückwünsche gab es dazu auch aus Brandenburg: „DIE LINKE wird gebraucht, wenn sie sich um die alltäglichen Probleme kümmert“, freute sich der Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, auf einer Pressekonferenz am 16. Mai.

Ganz anders dagegen kommentierte Walter das Wahlergebnis zur Landratswahl im Landkreis Oder-Spree. Mit knappem Vorsprung von 52,4 Prozent gewann der SPD-Kandidat vor der AfD in der Stichwahl. „Brandenburg – wir haben ein Problem“, konstatierte Sebastian Walter. Es gehe nicht um Schuldzuweisungen, welche der demokratischen Parteien sich hier möglicherweise falsch verhalten habe, sondern darum, Verantwortung für die Demokratie zu übernehmen. Die Schuldebatte sei nur ein

Ausdruck von Hilflosigkeit, erklärte Walter. Nach der Landtagswahl 2019 hätte die Regierungskoalition aus SPD, CDU und Grünen einen neuen Politikstil versprochen, der die ländlichen Räume einbinde. Die Realität sei aber eine andere, so Walter. Die SPD bezeichne Brandenburg als Gewinnerregion. „Aber wer gewinnt hier eigentlich?“ fragte Walter. „Elon Musk als Milliardär. Aber in den berlinferneren Regionen werden Sparkassenfilialen geschlossen, fahren wenig Busse, erleben die Menschen den Rückzug des Staates. DIE LINKE wird weiter die Probleme ansprechen und Lösungsvorschläge unterbreiten“, so Sebastian Walter.

Schwierig findet der Fraktionschef der LINKEN, „dass die CDU immer mehr Positionen der AfD übernimmt.“ An allem seien Flüchtlinge schuld. Die CDU fordere Grenzkontrollen, obwohl alle wissen, dass das nicht hilft. Selbst die Gewerkschaft der Polizei erklärt, dass das rechtlich und praktisch nicht umsetzbar sei.

„Wenn DIE LINKE als Schwarzmalerei hingestellt wird, stärkt das die AfD, weil keine demokratische Debatte mehr möglich ist“, erklärte Walter. „In Brandenburg müssen Schulen gebaut, die Kitarechtsreform umgesetzt werden, wie die landesweiten Demos vom 15. Mai zeigen.“ Noch ein Beispiel zählte Walter auf: Die Zahl der Anspruchsberechtigten für das erweiterte Wohngeld (bis zu 370 Euro monatlich) habe sich auf 60.000 verdreifacht. Allerdings warten viele im Durchschnitt 3 Monate, in Ostprignitz-Ruppin bis zu 40 Wochen, auf die Auszahlung. „Der Infrastruktuminister könnte Abschlagszahlungen ermöglichen“, schlägt Sebastian Walter vor. DIE LINKE werde nicht müde werden, eine lösungsorientierte Politik einzufordern. Sie sei nötig, damit Protestwahlen der Vergangenheit angehören. „Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die AfD an den »Waffenschränken der Demokratie bedient, um sie abzuschaffen« (Zitat J. Goebbels)“, so Walter. *bc*

## Hoffnung für Bildungspolitik: Besser spät als nie

Der neue Bildungsminister Steffen Freiberg hat am 13. Mai überraschend das umstrittene 200-Lehrerstellen-Konzept seiner Vorgängerin Britta Ernst zurückgezogen. Außerdem legt er nun neue Vorschläge auf den Tisch.

Unser massiver Druck der letzten Monate zeigt Wirkung. Die von den LINKEN geforderte Rücknahme der Stellenkürzungen von Lehrer:innen gehört jetzt zum Plan des Bildungsministers. Dazu gehören auch so genannte kapitalisierte Lehrstellen. Gemeint sind ungenutzte Stellen, von denen das geplante und zur Verfügung stehende Geld nun den Schulen in Form eines Budgets erhalten bleiben soll. Damit hätten die Schulen nun die Freiheit selbst zu entscheiden, was bei ihnen konkret notwendig ist – ob Schulsozialarbeiter oder Seiteneinsteiger, auch Schulkrankenschwestern wären damit finanziell möglich. Vor Monaten hatte die Regierungskoalition Anträge der LINKEN, das Modell weiter zu führen oder gar auszubauen, abgeschmettert. Nun also eine Rolle rückwärts, mit positivem Anstrich.

Unsere Forderung, ältere Lehrer, also 63 plus, zu entlasten, hat ebenso Eingang in den neuen Plan gefunden, wie die von uns verlangte bundesweite Werbekampagne.

Noch im März wurden wir für unsere Forderungen spöttisch kritisiert und alle entsprechenden Anträge durch die Koalition aus SPD, CDU und Grünen im Landtag abgelehnt. Die Landesregierung hat leider viel Zeit vergehen lassen, die ungenutzt blieb.

In drei Monaten beginnt das neue Schuljahr. Bleibt abzuwarten, ob die Pläne bis dahin unbürokratisch umgesetzt sind und an den Schulen wirken können.

*Kathrin Dannenberg  
Landtagsabgeordnete  
der LINKEN in Brandenburg*



**Brauchen Sie Hilfe?**

**Anrufen, Termin vereinbaren oder einfach vorbeikommen.**

**Nächster Termin:**

**23. Mai, 16 bis 18 Uhr**

**Probleme mit dem Jobcenter?**


**Probleme mit dem Energieversorger oder Vermieter?**

**Probleme bei der Versorgung von Angehörigen?**

**Probleme, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben?**

**Wo? Geschäftsstelle der LINKEN in Bernau, Berliner Straße 17**

**Wie? Kommen Sie einfach vorbei oder melden Sie sich unter 03334 236986 vorab an.**

DIE LINKE. Barnim hilft!

nächste OW am  
24. Mai 2023